

Mangelnde Weiterentwicklung

Die Schulen in Niedersachsen stehen vor immer komplexer und anspruchsvoller werdenden Aufgaben. Ihnen kommt eine erhöhte gesellschaftliche und soziale Bedeutung zu, die gerade in den vergangenen zwei Jahren von verschiedenen Seiten zum Ausdruck gebracht wird.

Die Bildungs- und Sozialforschung fordert nicht erst als Folge der Corona-Pandemie ein systematisches Gesamtkonzept, um Maßnahmen zur Bildung, Erziehung, Förderung und Unterstützung aller Schülerinnen und Schüler aufeinander abzustimmen, die Definition und Inhalte von Bildungszielen zu erweitern, eine Teilhabe an Bildung und Erziehung für alle Schüler*innen auf Grundlage der Kinderrechte und der Behindertenrechtskonvention entsprechend individueller Erfordernisse zu gewährleisten und inner- und außerschulische Kooperation als Teil des schulischen Profils zu verankern und auszubauen.

Damit das gelingt, müssen sich auch die eigenverantwortlichen Schulen inhaltlich neu ausrichten sowie personell und organisatorisch entsprechend ausgestattet werden. Für diesen Gestaltungsprozess ist die Arbeit in multiprofessionellen Teams

sowohl eine unverzichtbare Voraussetzung als auch Ziel. Die Schulen müssen demnach zusätzliches, unbefristet beschäftigtes Fachpersonal als festen Bestandteil des Kollegiums erhalten, um sich aufgrund neu anzupassender, familienfreundlicher Arbeitszeiten auf vielfältige professionelle Sichtweisen und pädagogische Kompetenzen für die notwendige, qualitative Weiterentwicklung der Bereiche Bildung, Erziehung und Unterricht stützen und in der Folge diese endlich vollumfänglich umsetzen zu können. Multiprofessionelle Teamarbeit und eine umfassende Kooperation innerhalb der Schule sowie auch mit außerschulischen Partnern sind und werden zunehmend unabdingbare Voraussetzungen, um den schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag qualifiziert zu erfüllen.

Die Arbeit in multiprofessionellen und interdisziplinären Teams basiert auf der Kooperation verschiedener Berufsgruppen, die entsprechende professionelle Perspektiven und Kompetenzen in die Planung und Durchführung schulischer Angebote, die Entwicklung einer strukturierten Förderung für Schüler*innen und die Gestaltung von Beratungsangeboten in gemeinsamer Verantwortung ein-

bringen. Multiprofessionalität und Interdisziplinarität werden damit zum zentralen Bestandteil der Schulentwicklung, an der alle Berufsgruppen mitwirken.

Allgemeinbildende Schulen

Landesbeschäftigte Fachkräfte aus Berufsfeldern der Sozialen Arbeit und Therapeut*innen (siehe Kasten) sind aktuell insbesondere an Förderschulen und zunehmend im Rahmen von Schulsozialarbeit über das Land Niedersachsen etabliert und sollen auch zukünftig fester Bestandteil im multiprofessionellen Team des Kollegiums aller Schulformen und der Inklusion werden.

Der niedersächsische Landtag hat in einem Entschließungsantrag¹ zur Umsetzung der Inklusion mit fraktionsübergreifender Zustimmung die Ausweitung der Arbeit in multiprofessionellen Teams eingefordert und damit die Bedeutung der entsprechenden Erklärung in den Koalitionsvereinbarungen der Landesregierung betont. Seit Ende der letzten Legislaturperiode sollten Pädagogische Fachkräfte an allgemeinbildenden Schulen vorrangig zum Einsatz in inklusiven Kontexten und ursprünglich mit der erklärten Absicht einer kon-



tinuierlichen schuljahresweisen Stel-
lenausschreibung und personellen
Aufstockung eingestellt werden (150
Stellen pro Jahr als Stufenplan)².

Ende der „Zwangsteilzeit“

Die Landesregierung hat für einen
Teil der Fachkräfte im Landesdienst
in einem ersten Schritt im Jahr 2019
die Anhebung der meist auf 80 Pro-
zent gedeckelten Verträge auf Voll-
zeitverträge umgesetzt. Damit wurde
die prekäre finanzielle Lage dieser
Landesbeschäftigten – auch in Bezug
auf eine Reduzierung von Altersar-
mut – verbessert. Zudem wurde für
diese Fachkräfte durch jetzt bezahlte
Arbeitszeit endlich die Voraussetzung
für die umfassende Beteiligung an der
Weiterentwicklung von Schulqualität
sowie zur Umsetzung von Bildungs-
zielen geschaffen. Daneben werden
durch unbefristete Vollzeitstellen für
Fachkräfte, um die längst auch ande-
re Träger heftig werben, schulische
Arbeitsfelder im niedersächsischen
Landesdienst attraktiver.

Seit mehr als 16 Jahren fordern die
GEW und andere Bildungsorganisati-
onen unbefristete Vollzeitbeschäfti-
gungsverhältnisse, also die Abschaf-
fung der „Zwangsteilzeit“. Das ist zwar
als berechtigt anerkannt worden, al-
lerdings trotz verbindlicher Zusagen

der politisch Verantwortlichen immer
noch nicht vollständig umgesetzt³.

Therapeut*innen benachteiligt

Landesbeschäftigte Therapeut-
*innen, die wie ihre Kolleg*innen
aus dem Bereich des Sozial- und
Erziehungsdienstes gleichrangig in
schulischen Bildungsbereichen im
multiprofessionellen Team arbeiten,
wurden durch die Tarifabschlüsse
2017 und 2019 von der positiven
Lohnentwicklung der Pädagogischen
Fachkräfte abgekoppelt. Im direk-
ten Vergleich entsteht aufgrund der
veränderten Tarifstruktur und durch
die Überleitung der Pädagogischen
Fachkräfte in den Sozial- und Er-
ziehungsdienst eine Schieflage, die
sich im Zweijahresrhythmus wei-
ter verschärft. Landesbeschäftigte
Therapeut*innen verdienen nach
langjähriger Erfahrung im Schul-
dienst (EG 9a Stufe 6) aufgrund des
Verbleibs in der allgemeinen Tabelle
des TV-L inzwischen bis zu 500 Euro
weniger. Diese Problematik führt
zu erheblicher Unruhe und Unver-
ständnis in den multiprofessionellen
Teams und forciert zudem den Fach-
kräftemangel für diesen unbedingt
notwendigen Fachbereich in Förder-
schulen und in der Inklusion. Alle bil-
dungspolitischen Sprecher*innen der

Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und
CDU haben dieses Problemfeld bei
der Podiumsdiskussion der GEW⁴ im
Juli 2021 anerkannt und sich für die
schnelle Beseitigung ausgesprochen.

Stand der Umsetzung – Perspektiven

Die Beantwortung der kleinen Anfra-
ge der FDP (Drucksache 18/9713⁵)
zeigt unmissverständlich, dass die
Landesregierung alle drei beschriebe-
nen Problemfelder in unerträglicher
Weise vernachlässigt und auch nicht
gewillt zu sein scheint, die Grundvo-
raussetzungen zum Aufbau multi-
professioneller Teamarbeit an allen
Schulformen voranzubringen. Im
aktuellen Haushalt sind keine Finanz-
mittel für die im eigenen Koalitions-
vertrag beschlossene Aufstockung
des Personals durch Pädagogische
Fachkräfte vorgesehen. Schlimmer
noch: die Antwort der Landesregie-
rung auf die Anfrage der FDP zeigt,
dass es in den Jahren 2018 und 2019
kaum Einstellungen von dringend be-
nötigten Pädagogischen Fachkräften
in allgemeinbildenden Schulen (zum
Beispiel Grundschulen) gab und auch
im Jahr 2021 nicht geben wird. Wenn
kein Geld für weitere Stellen im Dop-
pelhaushalt eingestellt worden ist
und auch über die sogenannte „po-
litische Liste“ keine Finanzmittel zur

Berufsgruppen, die aktuell im niedersächsischen Landesdienst für Bildung, Erziehung und Unterricht tätig sind:

Lehrkräfte für Unterricht und die pädagogische Unter-
stützung zur Erreichung der Bildungsziele, auch im inklu-
siven Kontext, mit den Schwerpunkten Grund-, Haupt-,
Realschule oder Gymnasium, Lehrkräfte mit beruflicher
Fachrichtung für Berufsbildende Schulen und Lehrkräfte
mit dem Schwerpunkt Sonderpädagogik.

Pädagogische Fachkräfte mit Ausbildungen als Erzieherin/
Erzieher oder Heilerziehungspflegerin/Heilerziehungs-
pfleger, Heilpädagogin/Heilpädagoge, Motopädin/Moto-
pädä in Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige
Entwicklung und Körperliche und Motorische Entwicklung
als auch in allgemeinbildenden Schulen, zum Einsatz im
inklusiven Kontext („*unterrichtsbegleitend*“), sowie so-
zialpädagogische Fachkräfte mit Studienabschlüssen als
Sozialpädagogin/Sozialpädagoge oder Sozialarbeiter/So-
zialarbeiterin in Förderschulen mit den Schwerpunkten
emotionale und soziale Entwicklung als auch im inklu-
siven Kontext im Rahmen der entsprechenden Schwer-
punkte („*unterrichtsbegleitend*“ – zukünftig auch wieder
im Mobilen Dienst).

Therapeutinnen und Therapeuten mit Ausbildungen aus
den Bereichen Ergotherapie, Logopädie und Physiothe-

rapie in Förderschulen mit den Schwerpunkten geistige
Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung,
emotionale und soziale Entwicklung als auch in allge-
meinbildenden Schulen zum Einsatz in Inklusivem Kontext
(„*unterrichtsimmanent*“).

Sozialpädagogische Fachkräfte mit Studienabschlüssen
als Sozialpädagogin/Sozialpädagoge, Sozialarbeiterin/So-
zialarbeiter, Diplompädagogin/Diplompädagoge für den
Einsatz in sozialer Arbeit in schulischer Verantwortung
(Schulsozialarbeit) an allgemeinbildenden Schulen.

„**Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**“, in
der Regel ohne pädagogische Qualifikation und vorwie-
gend in geringfügigem Beschäftigungsverhältnis als Lan-
desbeschäftigte, für die Mitarbeit an Grundschulen und
im Ganztags. Hier mit regelmäßigem Einsatz zur Beaufsich-
tigung und Betreuung, für außerunterrichtliche Tätigkei-
ten und Angebote und/oder stundenweisem Einsatz bei
kurzfristigem Ausfall von Lehrkräften („*außerunterricht-
lich*“/„*unterrichtsbegleitend*“ – *neuerdings vom Arbeitge-
ber irreführender Weise als „Fachkräfte“ bezeichnet*).

Verfügung gestellt werden, dann wird der weitere Ausbau für die kommenden Jahre schlichtweg beendet sein. Finanzmittel wurden umgeschichtet und teilweise für die Aufstockung der gedeckelten 80-Prozent-Verträge der Kolleg*innen an Förderschulen genutzt. Aber selbst dort warten immer noch über 280 Fachkräfte auf die Aufstockung ihres Vertrags. Inzwischen zeichnet sich ab, dass die versprochene Umsetzung auf unbestimmte Zeit außer Kraft gesetzt worden ist, wohl wissend, dass fachliche Kompetenz und Engagement aller Fachkräfte im multiprofessionellen Team ausschließlich auf dieser Basis umfassend ausgeübt werden können. Vollmundige Versprechungen zur vollständigen Abschaffung der „Zwangsteilzeit“ werden nicht erfüllt – ein klarer Wortbruch!

Und zuletzt haben zwar die bildungspolitischen Sprecher*innen aller Fraktionen erkannt, dass auch die unterschiedliche Entlohnung von landesbeschäftigten Therapeut*innen und Pädagogischen Fachkräften schnellstmöglich beseitigt werden sollte, doch Finanzminister und Verhandlungsführer Hilbers hat in den Tarifverhandlungen noch nicht einmal darüber reden wollen. Auch die Möglichkeit einer für Niedersachsen geltenden außertariflichen Einigung mittels einer dynamischen Zulage für diese Berufsgruppe scheint nicht wirklich in Betracht gezogen zu werden. Was waren demnach die „warmen Worte“ der verantwortlichen

Bildungspolitiker von SPD und CDU auf der Podiumsdiskussion wert?

Kompass verloren?

Nach anfänglich guten und hoffnungsvoll stimmenden Absichten zum Auf- und Ausbau multiprofessioneller Teams in Schulen (siehe Koalitionsvertrag von 2017) und der Einsicht, dass gedeckelte Verträge („Zwangsteilzeit“) nicht nur aus sozialen, sondern auch aus pädagogischen und qualitativen Gesichtspunkten ein völliger Irrweg waren, scheint die aktuelle Regierung gerade jeglichen Kompass im Bereich der Weiterentwicklung und Verbesserung durch multiprofessionelle Teamarbeit in niedersächsischen Schulen verloren zu haben – ein Armutszeugnis für

eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung.

Doch natürlich ist für die GEW ein Stillsitzen und Abwarten, ob wohl irgendwann doch noch die ursprünglich eingeschlagenen Wege weitergegangen werden, nicht akzeptabel. Sie wird die berechtigten Forderungen weiterhin lautstark in die Öffentlichkeit tragen, in den politischen Diskurs einbringen und auf schnellstmögliche Umsetzung drängen.

Björn Steinmeyer
Olaf Korek

¹ Drucksache 18/6823 22.6.2020: „Umsetzung der Inklusion an Niedersachsens Schulen verbessern III. Die inklusiven Schulen müssen personell mit ausreichend Personal und Ressourcen ausgestattet sein. Deshalb soll die Landesregierung ...5. die Einstellung von Pädagogischen Fachkräften ausbauen 6. ein Rahmenkonzept für die Arbeit von multiprofessionellen Teams in Schulen erarbeiten, multiprofessionelle Teams an Schule sukzessive weiter aufbauen und an Schulen etablieren.“

² KoaV2017, Z. 483-488: „Der Koalition ist es wichtig, dass in inklusiven Schulen multiprofessionelle Teams tätig sind. Die 2017 bereitgestellten Stellen für Pädagogische Mitarbeiter für die inklusiven Schulen und Förderschulen werden daher entfristet und im Haushalt verankert. Dazu wollen wir in einem Stufenplan pro Jahr 150 zusätzliche Stellen zur Unterstützung der Arbeit der Lehrkräfte in den inklusiven Schulen zur Verfügung stellen.“

³ Um alle Fachkräfte, die am Online-Bekundungsverfahren für eine Aufstockung auf 100 Prozent teilgenommen haben, auch zu berücksichtigen, bräuchte es noch weitere rund 50 Vollzeiteneinheiten (VZ).

⁴ Die Podiumsdiskussion fand am 15. Juli 2021 mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen Stefan Politze (SPD), Lasse Weritz (CDU) als Vertretung für Mareike Wulf, Julia Willie Hamburg (Grüne) und Björn Försterling (FDP) statt (siehe E&W September/Oktober „Therapeut*innen fordern bessere Bezahlung“ und Videozusammenfassung unter www.gew-nds.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/keine-schlechterstellung-im-multiprofessionellen-team-bessere-bezahlung-fuer-therapeutinnen-in-schu/)

⁵ Drucksache 18/9713: Kleine Anfrage der FDP mit Antwort der Landesregierung „Pädagogische Mitarbeiter für die inklusiven Schulen und Förderschulen und schulische Sozialarbeit in Landesverantwortung“

In eigener Sache

Unser Magazin jetzt mit blauem Engel



Nach der Umstellung unserer „E&W Niedersachsen“ auf klimaneutrale Produktion – unter anderem mit schadstofffreien Druckfarben – ist nun mit der ersten Ausgabe 2022 der nächste Schritt erfolgt. Ab sofort verwenden wir Recycling-Papier, das mit dem „Blauen Engel“ zertifiziert ist. Die jeweils aktuellen Hinweise dazu werden sich stets in der Bodenzeile der Seite 2 jeder Ausgabe finden. Die GEW Niedersachsen bedankt sich bei allen Beteiligten und freut sich über ihr nun besonders nachhaltiges Bildungsmagazin.

Beitragsanpassung

Die Mitgliedsbeiträge für Beamt*innen und Angestellte haben mit dem Januar 2022 eine moderate Änderung erfahren. Verbeamtete Kolleg*innen werden nun mit 0,85 Prozent (statt 0,83) und Tarifbeschäftigte mit 0,77 Prozent (statt 0,76) ihres Entgelts berechnet.

